Zum Stand der Eidesfrage.

3. Juni 1938.

Württemberg:

Die B.K.Pfarrer (Societät) haben am 23.5. beschlossen:

"Da der Christ durchs Evangelium, stärker als alle Erde bekräftigen oder garantieren können, zum Gernsam gegen die Obrigkeit verpflichtet ist, so ist es dem Geistlichen wohl möglich, einen ihm vom Staat selber unmittelbar abgeforderten Treueid zu leisten, sofern ihm die Überordnung des Anspruchs Christi, also die Freiheit der Kirchlichen Amtsausübungen zugestanden wird. Der Kirche aber ist es durch dmeHl. Schrift und durch ihre Bekenntnisse verwehrt, einen Eid der Treue gegen die staatliche Obrigkeit abzuverlangen und sich damit zum verlängerten Arm des Staates zu machen. Sie ist auch nicht zu intercedieren befugt und in der Lage, was der Staat durch solchen Eid beschworen haben will. Darum lehne ich es ab, zu der vom OKR angeordneten Vereidigung zu erscheinen."

Aus der Begründung: "Die entscheidende Frage, ob es sich bei der geforderten Verpflichtung um einen, den einzelnen Christen vom Staat auferlegten Eid (GA 16) handelt, mußten wir vernennen. Die einzig greifbare "Auflage", diesen Eid zu leisten, liegt in der in § 174 DRG, geäußerten "Ermächtigung" vor. Dazu kamen die Präzedenzfälle in Österreich u. verschiedenen deutschen Landeskirchen, welche immerhin einen starken Druck der öffentlichen Meinung ausübten - auch auf unsere Kirchenleitung beduten mußten. Aber selbst wenn man unterstellen würde, daß dieser Druck faktisch einem staatlichen Befehl gleichkommt - was man freilich nicht mehr unterstellen darf, nachdem das Kirchenministerium den Wunsch der sächsischen B.K.Pfarrer, sie in staatlichem Auftrag vereidigen zu lassen, abgelehnt hat, - so würde sich immer noch nicht um einen vom Staat den Geistlichen "auferlegten" Eid handeln, sondern höchstens um die "Auflage" des Staates an die Kirchenleitungen, ihrerseits als Organe der Kirchlichen Selbstverwaltung, also in ihrer kirchenregimentlichen Eigenschaft die Vereidigung vorzunehmen. Eben das darf die Kirche aber nicht tun. Dabei besteht kein Unterschied, ob diese Vereidigung durch das Kirchenregiment Wurm oder das illegitime Kirchenregiment Wermar vorgenommen wird, da auch letzteres sie nur in Rahmen seiner kirchenregimentlichen Befugnisse durchführt.....

..Indem die Kirchenleitungen sich diesem --notwendig von uns nur hypothetische unterstellten!-- Willen des Staates als Exekutivorgane zur Verfügung stellen, werden sie dadurch nicht selbst staatliche Obrigkeit.....

Durch die Presse ging die Nachricht, daß auch in Bayern der Eid durch ein Gelöbniß an Eidesstatt ersetzt werden solle.

Das Schreiben, mit dem Landesbischof D. Meiser am 21.5.38 dem bayr. Ministerium für Unterricht und Kultus das Kirchengesetz über den Treueid der Geistlichen mitteilt, schließt mit den Worten:

"Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Leistung des Treueides durch unsere Pfarrer das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zwischen Staat und Kirche erneut befestigen wird."

Aus den Wochenbriefen von B. Marahrens:

"....Umso ernster muß es uns bewegen, wie durch Schuld von Menschen an vielen Orten Gefahren aufbrechen, die alle Schwierigkeiten, denen das Ringen um die Befriedigung der Kirche begegnen, erhöhen. Im Begriff zu den Jahresitzungen anzubrechen, an denen sich das Weltplübertum verpflichtet, kann ich den in Not stehenden Brüdern nur im Geist die Hand reichen und aussprechen, daß ich ihrer gedanke." 18.5.38.

Am Sonntag, 29. Mai tagte die evgl. Gemeindefynode im Rheinland. Zu gleicher Zeit trat in einer Nachbarnstadt die Westfälische Bekenntnissynode unter Leitung von Präses D. Koch zusammen. Die Westfälische Synode hat am Sonntagnachmittag beschlossen, an alle westfälischen Pfarrer die Weisung zu geben, zu den Eidesterminen am Montag (30.) und Dienstag (31.) nicht zu erscheinen.

Aus den Beschlüssen der Rheinischen Synode seien einige Sätze mitgeteilt:

...Wir fordern daher, daß unter allen Umständen jene Ansprache zurückgezogen und die Anordnung, sie zu verlesen, aufgehoben wird. Da der Fortfall der Ansprache eine Abänderung des in der Anordnung vom 12. Mai festgelegten Verfahrens ist, müssen wir gleichzeitig fordern, daß die Zurücknahme der Verlesung im Gesetzblatt der LDK veröffentlicht wird. Nach der Erklärung des Präses D. Koch ist es eine wesentliche Voraussetzung für die Ableistung eines staatlichen Treueides, daß die staatliche Forderung nach einem solchen Treueid klar erkannt werden kann. Aus dem Schreiben des BOK vom 20. Mai geht eindeutig hervor, daß der Staat die Forderung, den Treueid abzulegen, nicht ausgesprochen hat.

Nach Anführung der Verlautbarung der bayr. Landeskirche von 1954: Solange also nicht nachgewiesen ist, daß die angeführten Beschlüsse auf Irrtum beruhen und zu widerrufen sind, muß in der B.K. als gültige und bindende Erkenntnis festgehalten werden, daß eine Kirchenleitung, die als solche von sich aus einer staatlichen Erwartung zur Ableistung des Treueides aus eigener Entschliebung durch Erlaß von Kirchengesetzen entgegen kommt, irrt und das Bekenntnis verletzt.

Selbst wenn der Staat die ausdrückliche Forderung an die Kirche richtete, von sich aus in eigener Entschliebung durch Erlaß von Kirchengesetzen den staatlichen Treueid aufzuerlegen, dürfte die Kirche dennoch dieser Forderung nicht entsprechen. Denn aus dem Amt, das Gott durch seine Anordnung der Obrigkeit gegeben hat, muß klar geschieden bleiben von dem Amt, das Gott durch seine Anordnung der Kirche gegeben hat. (C.A. XXVIII).

.... Wenn der Wortlaut des Beamteneides von einem evgl. Pfarrer beschworen werden soll, entstehen im Blick auf das Wort: "Amtspflichten" in der Eidesformel weitere schwerwiegende Bedenken gegen die Ableistung des Eides.

In die Hand eines Kirchenregimentes, das keine kirchliche Vollmacht hat, und deshalb über die Erfüllung der Amtspflichten nicht zu wachen vermag, können die Diener am Wort die Erfüllung ihrer Amtspflichten nicht einmal geloben.

Will man aber den--wie erwiesen--unablässigen Versuch machen, den Präsidenten des BOK in eine staatliche Behörde zu verwandeln, so wäre er erst recht nicht befugt, die im Ordinationsgelübde übernommenen Amtspflichten beschwören zu lassen. Denn der Staat hat von Gott weder Auftrag noch Vermögen, über der rechten Anordnung des von Gott gestifteten Amtes, das Wort und Sakrament verwaltet, zu wachen. Wer in die Hand des Staates den geforderten Eid schwört, erkennt ihm Recht und Gewalt zu, den Inhalt dieser Amtspflichten zu bestimmen.

... Synode richtet an alle Pfarrer der BDK, die bis zur Stunde geglaubt haben, den von ihnen geforderten Eid mit gutem Gewissen leisten zu können, die Mahnung, diese unsere Erklärung an Schrift und Bekenntnis zu prüfen. Wenn sie nicht vermögen, die vorgelegten Gründe von Schrift u. Bekenntnis her zu entkräften, so fordern wir sie auf, den geforderten Eid von seiner dann auch von ihnen zugestandenen Unklarheit u. Fragwürdigkeit willen nicht zu leisten. Denn in Sachen des Eides muß um seiner Heiligkeit willen auf alle Weise Klarheit herrschen.

Preußen.

Der Preußische Bruderrat hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Pfarrer der Bek. Kirche sind nach wie vor bereit, einen vom Staat geforderten Treueid auf den Führer abzuleisten. Sie sind jedoch auch nach dem Schreiben des EOK. vom 20.5. und nach den darauf folgenden Vorgängen nicht in der Lage, den Treueid auf den Führer nach Anordnung des Präsidenten des EOK. und nach dem von ihm vorgeschriebenen Verfahren abzuleisten.

1. Die bekenntniswidrige Ansprache ist trotz unseres Einspruches nicht zurückgezogen. Sie wird auch weiterhin bei der Eidesableistung verlesen und ausdrücklich im Protokoll erwähnt. Die evangelischen Pfarrer können darenin nicht willigen, daß bei der Ableistung des Treueides der Präsident des Konsistoriums eine Ansprache an sie richtet, deren Inhalt gegen Schrift und Bekenntnis verstößt.
 2. Die Ansprache ist zwar im Schreiben des Präsidenten des EOK. an Präses D. Koch vom 20.5.1938 für unverbindlich erklärt worden. Es widerspricht aber dem Ernst einer Eidesleistung, daß dabei eine unverbindliche Ansprache vorgetragen wird. Zudem bildet die Ansprache einen Bestandteil des im Gesetzblatt der DEK. vorgeschriebenen Verfahrens. Es muß also gefordert werden, daß die Ansprache bei der Eidesabnahme fällt und ausdrücklich im Gesetzblatt der DEK. zurückgezogen wird. Das ist bisher nicht geschehen.
 3. Es ist unklarer denn je, ob die Eidesleistung vom Staate gefordert wird. Jeder Klärung dieser Frage ist der EOK. trotz unserer Einwendungen aus dem Wege gegangen. Das Verhalten des EOK. in Sachen der Eidesleistung läßt befürchten, daß die Vermischung staatlicher und kirchlicher Würde das Verhältnis von Staat und Kirche noch mehr verwirrt. Dem entspricht es, daß der EOK. in einzelnen Provinzen Sonderabmachungen zuläßt. Demnach würde der Eid unter den vom EOK. geschaffenen Verhältnissen nur dann geleistet werden können, wenn die Pfarrer auf die für jeden Eid unerläßliche Klarheit verzichteten. Das aber kann von evgl. Pfarrern, die die göttlichen Gebote lehren sollen, nicht erwartet werden.
- Der Preuß. Bruderrat weist deshalb die Pfarrer an, bei erneuter Vorladung zur Eidesableistung nicht zu erscheinen und ihr Fernbleiben unter Hinweis auf den beiliegenden Brief des Bruderrates an den EOK. zu begründen. Es entspricht dem Ernst des von uns geforderten Eides, daß wir in der Evgl. Kirche der altpreuß. Union auch gegenüber erneuten Schritten des EOK. erst aufgrund sorgfältiger Prüfung an Gottes Wort nach dem Rate der Leitung der Kirche handeln.

XXXXXXXXXXXX

Brief des Preußischen Bruderrates an den EOK. vom 2. Juni 1938:

Seit Wochen sind die Gewissen der Pfarrer der altpreuß. Union bewegt von der Frage, wie sie sich gegenüber der Forderung zu verhalten haben, einen staatlichen Treueid zu leisten. Durch das Verhalten des EOK. wird die Lage von Woche zu Woche verwirrt. Der Preuß. Bruderrat muß nunmehr den EOK. ernstlich fragen, ob nicht die Heiligkeit des Eides und auch die öffentliche Ruhe und Sicherheit es fordern, daß er endlich diejenigen Maßnahmen trifft, welche geeignet sind, die von ihm geschaffene Lage zu entspannen.

1. Dem EOK. ist seit Ende April bekannt gewesen, daß die Pfarrer der Bek. Kirche bereit sind, dem Führer einen Treueid zu leisten. Seit dem gleichen Datum sind ihm unsere Gewissensbedenken bekannt. Der EOK. hat nichts getan, um unsere Gewissensbedenken zu zerstreuen. Wie will er dieses sein Versäumnis verantworten?
2. Präses D. Koch hat in seinem Schreiben vom 17.5. ausgeführt, warum die inzwischen bekannt gewordene Eidesansprache den Pfarrern die Ableistung des Eides unmöglich macht. Der Preuß. Bruderrat hat sich den von D. Koch geltend gemachten Gründen angeschlossen. Zum zweiten Male wurde damit sowohl von D. Koch wie vom Preuß. Bruderrat die Bereitschaft ausgesprochen, dem Führer den Treueid zu leisten. Zum zweiten

Male hatte der BOK Heiligkeit, die Heiligkeit auszusprechen, das einer Eidesleistung im Wege stehen. Er hat es nicht getan.

3. Der BOK. hat das Schreiben des Präses D. Koch unter dem 20.5. beantwortet. In diesem Schreiben erkennt er an, daß heute keine Möglichkeit besteht, verfassungsmäßige Gesetze zu erlassen. Er wolle es nicht mehr zurück, daß es die Bindung an das Ordinationsgelübde ist, welche die Pfarrer hindert, ihm Vollmacht in geistlichen Dingen zugestehen. Er gibt zu, daß seine Ansprache zum Treueid eine verbindliche Auslegung des Eides nicht enthält. Der BOK. hätte also seine Ansprache zurückziehen müssen. Denn diese Tatsache alleine würde der Vorsicht entsprechen, zu welcher der BOK. verpflichtet ist, da er weder verfassungsmäßige Kirchengesetze erlassen kann, noch die von ihm ausgeübte Leitung in Einklang zu bringen vermag mit dem Ordinationsgelübde der Pfarrer. Anstatt dessen zieht er die Ansprache nicht zurück. Er versucht vielmehr unter Hinweis auf angebliche Redaktionsfehler im Kirchl. Gesetzbuch und durch Anweisungen an die Konsistorialpräsidenten der Bidesansprache intern ihr Gewicht zu nehmen, aber nach außen hin die Eidesansprache aufrecht zu erhalten. Er ordnet an (Ges. Bl. S. 48), daß Erklärungen bei der Eidesleistung nicht zugelassen sind und gestattet doch, daß in aller Stille in einzelnen Provinzen Zusätze zu Protokoll gegeben werden, um so Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, die er sogar bei seinen eigenen Beamten auftauchen sieht. Wie ist ein solches Verfahren mit der Heiligkeit des Eides vereinbar?

4. In einem Schreiben vom 24.5. hat Präses D. Koch erneut versucht, die Lage zu klären. Durch dieses Schreiben ist dem BOK. bekannt, daß sein unklares Verhalten in Sachen der Eidesansprache die Gewissensbedenken der Pfarrer vermehrt hat. Er hat seither nichts getan, um die Lage zu entspannen. Im G. genteil! Er beharrt bei den Unklarheiten: Bei den Eidesleistungen läßt er die Ansprache weiterhin vorlesen, aber erklärt zugleich, sie sei nicht bindend; er gibt zu, es sei in dem btr. Ges. Blatt unkorrekt gearbeitet worden, und doch bringt er in der inzwischen erschienenen Nummer keine Berichtigung. Welche Interessen verfolgt der BOK eigentlich? Geht es ihm wirklich darum, daß die Pfarrer vor Gottes Angesicht die ihnen gebotene Treue zum Staat nämlich bekräftigen? Oder handelt es sich hier um eine Prestigefrage?

5. Wir erinnern den BOK. daran, daß in anderen Landeskirchen eine Reihe von Anständen von vornherein ausgeschlossen waren: In mehreren Landeskirchen ist der § 4 der preuß. Eidesverordnung nicht in ihre Verordnungen aufgenommen. In anderen Landeskirchen ist auf jede Eidesansprache verzichtet, die den Verdacht erregen konnte, als sollte durch die der D.C. Theologie Eingang verschafft werden. In Braunschweig und Schleswig-Holstein wurde die Bestimmtheit des Eides durch das Ordinationsgelübde bei der Eidesleistung ausdrücklich bekräftigt. Alle diese Möglichkeiten standen auch dem BOK. offen. Es hat von ihnen keinen Gebrauch gemacht. Es ist nicht sichtbar geworden, daß er Mühe aufgewendet hätte, in seinem Vorgehen der Heiligkeit des Eides Rechnung zu tragen, auf Gewissenbedenken Rücksicht zu nehmen und weitere Erschwerungen der kirchlichen Lage zu vermeiden. Es ist nicht rechthaberlich, wenn die Bekennende Kirche den BOK. als Kirchenregiment ablehnt. Man sieht es deutlich an dem Verfahren des BOK. in Sachen der Eidesleistung. Die Ursache entsteht, weil der BOK nicht kirchlich handelt, weil er das Gewicht des Bekenntnisses der Kirche und das Ordinationsgelübde der Pfarrer verkennt, ja auch weil er nicht einmal mit der Sorgfalt verfährt, die von einer Babsche verlangt werden muß.

Wir müssen noch einmal fragen: wüßte der BOK. die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, die er selbst geschaffen hat? Es ist an ihm, sie zu beseitigen.

gez. Müller.